

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementpreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 150 G. Pfa., bei Selbstabholung 140 G. Pfa. — Einzelnummer 10 G. Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 u. 24506. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postcheckkonto Nr. 63477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24506

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsche 30 G. Pfa., bei Platzvorschrift 35 G. Pfa., Familiennachrichten von Privatpersonen 10gepalt. Kolonellsche 15 G. Pfa., Reklamesche 1,50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsche 35 G. Pfa., bei Platzvorschrift 40 G. Pfa., Reklamesche 1,75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Dolchstoß Poincarés.

Nationalistisch-militaristische Sabotage der Verständigung.

Neue Sanktionen über Düsseldorf verhängt.

WIV. Düsseldorf, 19. Mai. Bekanntlich hatte sich die Stadtdirektion gewagt, eine von den Franzosen geforderte Artilleriekaserne zu erbauen, da das Reich nicht gewillt war, die Kosten dieser Kaserne zu tragen. Der Stadt war aufgegeben worden, trotzdem am 17. Mai die Bauten zu beginnen, widrigenfalls die Spigen der Stadtdirektion und auch die Stationsführer der Stadtdirektion verhaftet werden sollten. Der Bau ist am 17. Mai nicht begonnen worden. Infolgedessen sind die Franzosen heute dazu übergegangen, zunächst eine Reihe wichtiger Gebäude zu beschlagnahmen. Es sind dies das Werk 9 der Rheinmetall, das neuerbaute Werk Rheinmetall, mehrere Schlachthäuser, die gebaute Reithalle der Polizei an der Cäcilienallee, sämtliche Leinwand für die Schupo errichteten Wohnungen, insgesamt 145, die Kongresshalle des Zoologischen Gartens und der gesamte Kunstpalast. Im Kunstpalast sollte am 1. Juni die diesjährige große Kunstausstellung eröffnet werden. Die Halle des Zoologischen Gartens, der augenblicklich im Wiederaufbau ist und einen regen Besuch aufweist, waren, nachdem sie von den Franzosen geräumt worden waren, mit großen Kosten wiederhergestellt und neu ausgemalt worden. Sie sind erst vor wenigen Tagen dem Publikum wieder geöffnet worden.

Die Franzosen haben in den letzten Tagen eine große Reihe neu ausgehobener Rekruten nach Düsseldorf gebracht.

„Gott erhalte uns Poincaré!“ Dieses Strohgebete schickte vor einigen Monaten die völkische Deutsche Zeitung, das Organ des eben so frommen wie kampfbereiten Wärrers Maurenbrecher, zum Himmel. Das Blatt der Völkischen brachte damit treffend zum Ausdruck, daß es für die nationalpolitischen Katastrophopolitiker in Deutschland keine taftkräftigeren Helfer und Bundesgenossen im Kampfe gegen die Völkerverständigung gibt als Poincaré und die französischen Gewaltpolitiker. Die französischen Wahlen vom 11. Mai, die den Sturz Poincarés zur Folge haben, haben deshalb den deutschen Nationalisten einen bösen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Durch die Niederlage der Poincarés ist die Herrschaft des nationalen Blocks in Frankreich ein Ende gemacht und der Weg für eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland geebnet. Dadurch sind aber auch die deutschnationalen und völkischen Gegner jeder Verständigungspolitik, die mit aller Macht danach drängen, in Deutschland das Ruder in die Hand zu nehmen und das deutsche Staatsgeschiff ganz in das nationalpolitische Fahrwasser zu steuern, in eine recht unbehagliche Situation geraten. Der Sieg der Vernunft in Frankreich hat ihnen die Fortsetzung ihrer wahnhaften Katastrophopolitik außerordentlich erschwert. Umso mehr werden sie jetzt erregt sein, daß ihnen Poincaré, kurz vor seinem Abgang, mit seinen neuen Gewaltmaßnahmen gegen die Stadt Düsseldorf noch einen so wertvollen Liebesdienst erwiesen und ihnen wieder Wasser auf ihre langsam klappernden nationalpolitischen Mühlen geliefert hat.

Es liegt auf der Hand, daß der neueste Gewaltstreik Poincarés ein heimtückischer Schlag gegen die sich anbahnende Verständigung ist. Im Sterben noch wälzt der französische Ministerpräsident den Bestrebungen nach einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage Steine in den Weg. Sein Streik wirkt umso aufreizender, als mit der Durchführung der Sachverständigenvorschlüsse der Abbau der militärischen Besatzung beginnen soll. Die Forderungen der Besatzungsbehörden nach neuen Kasernenbauten und die Entlassung neuer Truppen lassen jedoch erkennen, daß sich die französischen Militärs nicht dem Abbau widerlegen wollen. Nun hat es zwar die neue französische Regierung in der Hand, die Maßnahmen Poincarés rückgängig zu machen. Aufgabe der deutschen Regierung wird es sein, in der geeigneten Weise, darauf hinzuwirken. Aber die Erfahrung lehrt auch, daß in solchen Fällen die Handlungsfreiheit wesentlich beschränkt ist, wenn bereits vollzogene Tatsachen vorliegen.

Das Schlimmste aber ist, daß Poincaré mit seinen neuen Sanktionen den Reichsstadtrats in Deutschland neue Waffen geliefert hat. Von französischen und englischen Politikern, die die Absicht von dem bloßherigen Kurs Poincarés für notwendig halten und auf die Kursänderung hinstreben, wird immer wieder betont, daß jetzt alles von der Haltung Deutschlands abhängt. Von den Völkischen, den Landbündlern und dem rechten Flügel der deutschnationalen wird mit allen Kräften darauf hingearbeitet, die Annahme der Sachverständigenvorschlüsse zu hinterziehen. Durch den Gewaltstreik der französischen Behörden werden diese extremen Forderungen wesentlich gestärkt werden. Der Reichsregierung aber und den auf die Erfüllungs- und Verständigungspolitik eingestellten Parteien wird der Kampf gegen die deutschen Gewaltpolitiker außerordentlich erschwert, zumal sie den Kampf gegen zwei Fronten zu führen haben. Bekanntlich führen ja auch die deutschen Kommunisten auf Befehl Moskaus mit aller Schärfe den Kampf gegen die Erfüllungs- und Verständigungspolitik. Wie so oft, treffen sich auch hier die Wehrabteilungen von der Linken mit den gefährlichsten Reaktionen auf einer Linie. Weil zu wenig ist in Deutschland, und besonders in der Arbeiterschaft, die ungeheuerliche Neuerung beachtet worden, die dieser Tage kamenow, einer der regierenden Volkskommisare, getan hat. Kamenev erklärte die durch den Sieg der Linken in Frankreich sich anbahnende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als eine Gefahr für Sowjetrußland. Eine solche Neuerung aus dem Munde eines Mitglieds einer Arbeiterregierung wird nur verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Sowjetregierung stets bestrebt ist, die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten im Interesse ihrer speziell russischen Politik

auszunützen. Sie zeigt deutlicher als lange Darlegungen, wie die deutsche Arbeiterschaft durch die Kommunisten als Werkzeug der russischen Außenpolitik benützt werden soll. Daraus ergibt sich, daß die deutsche Arbeiterschaft nun erst recht mit aller Kraft den Kampf gegen die politischen Brandstifter aufnehmen muß, mögen sie in Berlin, in Paris oder in Moskau sitzen.

Für die deutsche Arbeiterschaft gibt es nur einen gangbaren Weg: Entschieden und unbezweifelnd durch alle nationalpolitischen Beeinflussungen für die als richtig erkannte Erfüllungs- und Verständigungspolitik einzutreten. Nur auf diesem Wege kann eine Gesundung Deutschlands und Europas erreicht werden.

Sanktionen auch über Buer.

W. Buer, 20. Mai. Der Kommandant der belgischen Ruhrarmee hat über die Stadt Buer wegen angeblichen Diebstahls einer auf dem Bahnhof aufgestellten belgischen Fahne folgende Sanktionen

verhängt: In dem Stadtdistrikt Buer-Mitte, 1 Kilometer im Umkreis von der katholischen Kirche aus, sollen die Kaffeehäuser, Wirtschaften, Kinos und Kongresssäle für eine Zeit von 15 Tagen geschlossen sein. Vom 20. Mai bis 15. Juni wird die belgische Fahne aufgestellt auf folgenden öffentlichen Gebäuden: Bahnhof, Schupo-Kaserne und zwei Schulen. Die Fahnen müssen geliefert werden von der Stadt Buer und sollen der gestohlenen Fahne ähnlich sein. Vom 20. Mai bis 15. Juni werden alle Gesetze der Einwohner von Buer für Versammlungen, Gesellschaften, Erlaubnisloshelne jeder Art verweigert werden. Im Falle daß der oder die Täter bekannt und der belgischen Militärgerichtsbehörde ausgeliefert werden, werden die Sanktionen aufgehoben werden.

Die Besprechung zwischen Theunis und Mussolini.

Mailand, 19. Mai. Bei der zweiten Besprechung, die zwischen Theunis, Symans und Mussolini in der Präfektur stattfand, wurde der Wortlaut des folgenden amtlichen Kommanqués festgesetzt: Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident stellen fest, daß die Reparationsfrage weiterhin eine ernsthafte Quelle politischer Besorgnis und wirtschaftlicher Krisen bleibt. Sie halten ihre unverzügliche Lösung durch Ausföhrung des Sachverständigenratschens für notwendig, das die Grundlage für eine Verständigung darstellt, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung loyal die notwendigen Maßnahmen trifft und ausföhrt. Die Minister beschäftigen sich mit der Lage, die sich aus abföhrligen Verhandlungen Deutschlands ergeben würde. Eine interalliierte Verständigung über diesen Punkt erscheint ihnen möglich. Sie waren gleichermäßen der Ansicht, daß, sobald der Gedankenaustausch zwischen den alliierten Regierungen genügend fortgeschritten sei, die Einberufung einer interalliierten Konferenz wünschenswert sei, um die so vorbereitete Verständigung zu vollenden. Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um unverzüglich zur Bewirkung des Sachverständigenratschens zu gelangen. Sie erkennen auf jeden Fall an, daß die Frage der interalliierten Schulden auch weiterhin mit der vollständigen und endgültigen Regelung der Reparationsfrage verbunden bleibt.

Verständigung unter den Mittelparteien.

Berlin, 20. Mai. Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen hören, ist in der gestrigen Besprechung der Führer der Mittelparteien das außenpolitische Programm festgelegt worden. Laut Germania bewegt es sich in der Hauptsache auf der Linie der bisherigen Politik der Reichsregierung. Die Aufnahme dieses Programms bei den Parteien rechts und links von den Mittelparteien wird für die Mehrheitsbildung im kommenden Reichstag von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Wie die Blätter weiter mitteilen, plähte in die gestrigen Beratungen der Mittelparteien eine Einladung der deutschnationalen an das Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei zu Besprechungen am Mittwoch über die Regierungsbildung hinein. Die Demokraten sind zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden. Die Mittelparteien sind aber übereingekommen, Verhandlungen mit andern Parteien nur im gegenseitigen Einverständnis aufzunehmen. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß das Zentrum der Einladung folgen werde.

Heute vormittag wird die neue deutschnationale Fraktion zum ersten Male zu einer Beratung zusammenzutreten. Auch die Deutsche Volkspartei und die Demokraten treten heute zu Fraktionsitzungen zusammen.

W. Berlin, 20. Mai. Die Zentrumsfraktion des neuen Reichstags trat Montagnachmittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Vorsitzende der Fraktion des alten Reichstags, Abg. Fehrenbach. Die formelle Konstituierung der Fraktion durch Neuwahl des Vorstands wurde bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags verschoben. Zu Beginn der Sitzung erstattete der Reichstagskanzler Marx einen eingehenden Bericht über die politische Lage. Die Verhandlungen sollen Dienstag fortgesetzt werden.

Wie die Berliner Blätter melden, hat der Reichstagspräsident Löbe die Führer sämtlicher Reichstagsparteien sich morgen nachmittag zu einer Besprechung eingeladen, um die Neuverteilung der Plätze im Sitzungssaal für die einzelnen Parteien vorzunehmen.

Politische Brunnenvergiftung.

Von Gerhart Seger, Berlin.

Am 15. April erschien an dieser Stelle der Leipziger Volkszeitung unter dem obenstehenden Titel eine Kritik der Sondernummer der Süddeutschen Monatshefte über den „Dolchstoß“. Professor Cohnmann, der Herausgeber dieser rechtsgerichteten Monatschrift, setzt nun diese politische Brunnenvergiftung fort und hat ein zweites Heft herausgegeben, betitelt „Die Auswirkung des Dolchstoßes“, „Neue Dokumente“. Der Herr Professor regt sich in diesem Heft über unsere Kritik seines ersten Heftes auf und läßt dadurch erkennen, daß sie gelesen hat; zeigt auch, daß er die Leipziger Volkszeitung wegen ihrer konsequenten Haltung während des Krieges besonders hasst. Es sei nun der Kritik des ersten Heftes eine Kritik des zweiten an der gleichen Stelle angefügt.

Ein wesentlicher Teil unserer kritischen Bemerkungen ging von der Feststellung aus, daß der Vorkämpfer der Dolchstoßlüge seinem Heft den Charakter einer wissenschaftlich gearbeiteten Urteilsammlung zu geben verucht hat. Sehr zu Unrecht. Die gleiche, sagen wir einmal, Irreföhrung des Lesers begeht der Herr Professor mit seinem zweiten Heft auch wieder; wenn er auf den Titel seines Heftes über die Auswirkungen des Dolchstoßes schreibt: „Neue Dokumente“, so versteht der normale, mit Cohnmannscher Terminologie nicht behaftete Leser sicher etwas anderes unter „Dokumenten“, als völkische Schimpfepisteln. Der Herr Professor wird doch wohl nicht behaupten wollen, daß die von ihm angeführten; denkbar einseitigen Frontbriefe rechtsabwärtiger Offiziere ein unanfechtbares Quellenmaterial sind! Wenn z. B. im zweiten Heft ein langer Brief eines badischen Batterieföhrers aus Fladen abgedruckt wird und man darin (S. 78) folgenden Satz findet: „Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt, diese internationalen, zu fällig in deutscher Sprache erscheinenden Blätter, die den Geist des Judentums verkörpern, haben den traurigsten Anteil daran.“ So wird das kein vernünftiger Mensch als eine Quelle ansehen, nach der man deutsche Geschichte schreiben kann, es sei denn, daß man zu denen gehört, die das Trommeln Hitlers für Kundgebungen deutscher Weisheit halten. Dann wäre freilich Herr Professor Cohnmann nicht zu helfen.

Der professorale Versuch, die Dolchstoßlüge zu galvanisieren, steht entschieden unter einem Unstern. Hatte sich schon in das erste Heft manches eingeschlichen, was gegen die Dolchstoßlüge zeugte, so wird im zweiten Heft eine der hauptsächlichsten Behauptungen des ersten Heftes widerlegt. Im ersten Heft hatte der Herausgeber einen Bericht des Admirals v. Ledebow über den Unfall Ludendorffs in der Beurteilung der Kriegslage wiedergegeben. Darin war mitgeteilt worden, daß Ludendorff, nachdem er am 29. September dem Kaiser Vortrag gehalten hatte, daß der Krieg verloren sei, am 17. Oktober plötzlich bereit war, den Krieg nachträglich zu gewinnen, weil ihm der Kriegsminister die Lieferung der bekannten 600 000 Kinder (des Jahrganges 1900) zugesagt hatte. Also war der oberste General der Meinung, mit diesem diesem Nachwuchs des Jahres 1918 den fürchtbaren Endkampf durchföhren zu können.

Im zweiten Heft liest man das genaue Gegenteil davon. Der Herr Professor möge es uns nicht übelnehmen, aber er muß doch schließlich damit rechnen, daß seine Lügenhefte nicht nur urteilslosen Hitlerjünglingen in die Hände kommen, sondern auch urteilsfähigen Menschen, die bei der Lektüre des zweiten Heftes nicht den Inhalt des ersten schon wieder vergessen haben! Im zweiten Heft sind zwei Urteile über den militärischen Wert des Ersahes enthalten, die Ludendorff mit seinem Urteil vom 17. Oktober, daß mit diesem Ersah der Krieg zu gewinnen sei, als einen Trottel ohnegleichen erscheinen lassen. Generalleutnant a. D. Dietrich teilt mit, daß der Ersah aus der Heimat schon 1917 nur noch zum Teil an der Front angekommen sei, weil der größere Teil unterwegs gemuntert habe; der Generalleutnant a. D. Gerhart Tappen schreibt wörtlich: „Es machte sich bemerkbar, daß der Ersah im Jahre 1918 immer schlechter wurde und daß es einer eingehenden Schulung im Rekruten-depot der Division, zu dem ich besonders tüchtige Offiziere kommandiert hatte, bedurfte, um den der Division überwiesenen Ersah brauchbar zu machen. Gegen den Herbst 1918 wurde der Ersah so schlecht, daß ich nach Rücksprache mit den Regimentskommandeuren nur die zuverlässigsten Leute aus dem Rekruten-depot in die Front nahm.“ Während Ludendorff also der Meinung war, der 1918 noch aufzubringende Ersah sei ausreichend, um den Krieg noch zu gewinnen und keineswegs etwas davon gesagt hatte, daß dieser Ersah vom „Dolchstoßgeist“ der Heimat bereits angekränkt sei, stellen seine Frontoffiziere das Gegenteil fest. An wen, Herr Dolchstoßprofessor, soll man sich denn nun halten? Haben wir den Krieg verloren, wie Ludendorff in der Sitzung vom 29. September sagte, weil die Armee müde und die bulgarische Front durchbrochen war, und hätten wir den Krieg noch gewinnen können, wenn es noch dazu gekommen wäre, den neuen Ersah in die Front zu bringen, oder haben wir den Krieg verloren, weil eben dieser hoffnungsvolle Ersah bereits gemuntert, weil eben dieser Ersah, auf den Herr Ludendorff als auf